

# Monitoring KW 13+14

## **Mehrwertsteuer auf Gas von sieben zurück auf neunzehn Prozent**

*Die Mehrwertsteuer auf Gas liegt seit dem 01.04.2024 wieder bei 19 Prozent.*

Verbraucher müssen wieder den vollen Mehrwertsteuersatz auf Gas und Fernwärme zahlen. Mit dem Ende der befristeten Senkung am 31. März **steigt die Steuer von sieben auf 19 Prozent.**

Nach Angaben von Energieexperten **erhöht sich der Gaspreis** dadurch schlagartig um elf Prozent. Es sei davon auszugehen, dass sich damit die **Energiekosten** für Verbraucherinnen und Verbraucher **ab April deutlich erhöhen.**

Um die hohen Energiepreise als Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine abzuschwächen, hatte die Regierung eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Erdgaslieferungen und Fernwärme beschlossen. Von Oktober 2022 an wurde der Mehrwertsteuersatz gesenkt. Dabei war die Maßnahme von vornherein befristet bis zum 31. März 2024. Die Energiepreise sanken zuletzt wieder. Die Mehrwertsteuer ist ein Bestandteil des Gaspreises, unter anderem neben dem Preis für Beschaffung und Vertrieb.

## **Erneut weniger Elektroautos im März - Ziel in weiter Ferne**

*Seit Monaten nimmt die Zahl der neu zugelassenen Batterie-Pkw (BEV) ab. Im März kamen lediglich rund 31.400 neue Pkw mit batterieelektrischem Antrieb auf die Straße, wie das Kraftfahrt-Bundesamt mitteilte.*

Der Anteil an sämtlichen **Neuzulassungen** lag im März bei knapp zwölf Prozent. Auch das war **deutlich weniger als im Vorjahr.** Im März 2023 machten die BEV noch fast 16 Prozent aller Neuzulassungen aus.

**Mögliche Gründe** für diese Entwicklung sind das **Auslaufen der Prämie für E-Autos** im letzten Jahr für private und gewerbliche Nutzer, sowie die **Kürzung der Gelder beim Klima- und Transformationsfond (KTF)**, speziell in Form der Kürzung der Umweltprämie.

Prognose: „In diesem Jahr wird sich auf dem Elektromarkt wenig tun“, teilte Verkehrsexperte Constantin Gall von der Beratung EY am Donnerstag mit. „Wir rechnen mit einem Absatz bestenfalls auf Vorjahresniveau.“

Eigentlich will die Bundesregierung, dass bis 2030 mindestens 15 Millionen Batterie-Autos in Deutschland unterwegs sind. Doch dieses **Ziel liegt derzeit in immer weiterer Ferne**. Zum 1. Januar waren laut Kraftfahrt-Bundesamt knapp 1,41 Millionen reine batteriebetriebene Stromer in Deutschland zugelassen. Die **Regierung wird daher von verschiedenen Akteuren zum Handeln aufgerufen**.

### **Mindestlohn-Erhöhungen für bestimmte Branchen**

*Zum 01.04.2024 sind die Mindestlöhne für einige Berufsgruppen angehoben wurden.*

Konkret betrifft die Erhöhung Arbeitnehmer im Maler- und Lackiererhandwerk sowie die Sicherheitskräfte an Flughäfen.

Gesellen im Maler- und Lackiererhandwerk erhalten zukünftig einen Mindestlohn von mindestens 15 Euro pro Stunde. Für Sicherheitskräfte an Flughäfen beträgt der Mindestlohn mindestens 16,95 Euro pro Stunde.

### **Arbeitsmarktzahlen BW im März 2024**

*Die Arbeitsmarktzahlen für Baden-Württemberg für den März 2024 zeigen keinen großen Aufschwung.*

Die **Zahl der Arbeitslosen in Baden-Württemberg** hat sich im März 2024 im dritten Monat in Folge **kaum verändert**. Ein **leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit** um 3.270 beziehungsweise 1,2 Prozent auf 265.296 Arbeitslose entspricht keiner Frühjahrsbelebung. Im Vergleich zum Vorjahresmonat gibt es derzeit 24.800 (10,3 Prozent) Arbeitslose mehr. Die Arbeitslosenquote im März 2024 lag wie im Vormonat bei **4,2 Prozent**. Im März 2023 lag sie bei 3,8 Prozent.

Die **Arbeitskräftenachfrage geht weiter zurück**. Im März 2024 sank die Anzahl der gemeldeten offenen Stellen bei der Bundesagentur für Arbeit auf 84.356. Die Jugendarbeitslosenquote im März 2024 bleibt bei 3,2 Prozent. Wobei die Vorjahresquote bei 2,8 Prozent lag.

Dazu Ministerin Hoffmeister-Kraut: „Wenn Deutschland aus der Wachstumskrise herauskommen soll, brauchen wir Erleichterungen für die Wirtschaft. Das würde auch für neuen Schwung auf dem Arbeitsmarkt sorgen“

### **Wirtschaftsprognosen für 2024 nach unten korrigiert**

*Führende Wirtschaftsinstitute in Deutschland und die Bundesregierung haben ihre Wachstumsprognosen für 2024 nach unten korrigiert.*

Alle Wirtschaftsinstitute, die im März 2024 ihre BIP-Prognose aktualisiert haben, haben ihre Prognose für das Jahr 2024 gekürzt, teilweise erheblich.

**Wirtschaftsforscher** sehen für das laufende Jahr nur noch ein **Wachstum von 0,1 Prozent**. In ihrer Gemeinschaftsdiagnose verweisen die führenden Institute auf "konjunkturelle und strukturelle Faktoren", wegen derer sie ihre Herbstprognose von 1,3 Prozent Wachstum nach unten korrigiert hätten.

Das **Bundeswirtschaftsministerium** geht von einem **BIP-Anstieg von 0,2 Prozent** im laufenden Jahr aus.

Das **Handelsblatt Research Institute (HRI)** ist bei der **Einschätzung noch pessimistischer** und geht davon aus, dass es auch im Jahr 2024 wieder zu einer Rezession kommt und die Wirtschaftsleistung um 0,2 Prozent sinkt.

### **Qualifizierungsgeld ab sofort beantragbar**

*Ab April 2024 ist es möglich das neue Qualifizierungsgeld zu beantragen. Betriebe und Beschäftigte sollen wegen des Strukturwandels stärker unterstützt werden: Ab dem 1. April greift ein Qualifizierungsgeld als Lohnersatz.*

Mit dem **neuen Qualifizierungsgeld können Beschäftigte in betroffenen Branchen freigestellt werden**, damit sie eine **Weiterbildung absolvieren** und **gleichzeitig ihre Stelle behalten** können. Konkret gedacht ist es zum Beispiel, wenn sich eine Belegschaft für den Bau von Elektroautos weiterqualifizieren muss.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit beträgt die Höhe des Qualifizierungsgeldes **60 Prozent des Nettogehalts**. Beschäftigte mit mindestens einem Kind erhalten 67 Prozent. **Arbeitgeber können den Betrag aufstocken**.

Die **Arbeitgeber sind auch für den Antrag zuständig**. Dieser sollte mindestens drei Monate vor der Weiterbildung eingereicht werden.

### **KfW-ifo-Mittelstandsbarometer März 2024**

*Der neue KfW-ifo-Mittelstandsbarometer für den März 2024 zeigt positivere Zahlen auf.*

Das **Mittelständische Geschäftsklima hellt deutlich auf**: Das Geschäftsklima der kleinen und mittleren Unternehmen findet wieder den Weg nach oben und macht im März einen **ordentlichen Sprung von 4,9 Zählern auf -16,8 Saldenpunkte**.

Zusammen mit der spürbaren Aufwärtsrevision der Stimmung im Februar ist das bereits der zweite Anstieg in Folge. Zwar ist die **Stimmung damit noch immer weit unterdurchschnittlich, die Richtung stimmt aber** in allen Bereichen.

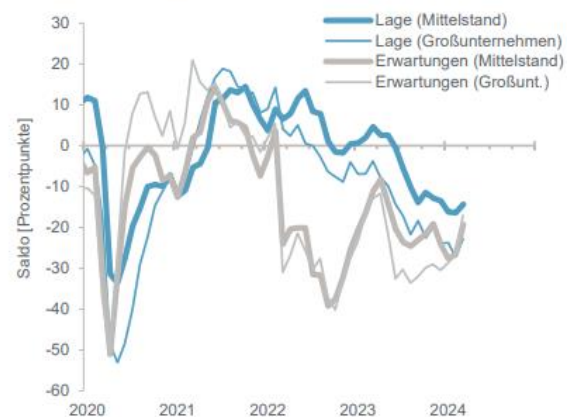
Vor allem die **Geschäftserwartungen steigen**, aber auch Lageurteile haben sich verbessert. Gerade das Geschäftsklima der Großunternehmen holt auf (siehe Graphik). Die **Überwindung des Stimmungstiefs mache Hoffnung** auf Wachstum ab dem Frühjahr.

KfW-ifo-Geschäftsklima



Quelle: KfW Research, ifo Institut

KfW-ifo-Klimakomponenten



## **Bürokratie bremst den EU-Binnenmarkt aus**

*Eine aktuelle Analyse der DIHK hat sich mit der Bürokratie im EU-Binnenmarkt beschäftigt.*

Die Untersuchung basiert auf der Befragung der 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) in Deutschland sowie der deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) in allen EU-Mitgliedstaaten.

Die Analyse ergibt eindeutige Ergebnisse: **Freier Warenverkehr und Handel sind demnach längst nicht Realität.** An vielen Stellen müssen **dringend Verbesserungen** erfolgen.

**Ganz vorne bei den Problemen** steht nach DIHK-Erkenntnissen die **Arbeitnehmerentsendung**. Ungeeignete Regulierung geht hier mit zusätzlichen nationalen Hürden Hand in Hand. Das beginnt bei den **Unterschieden zwischen den Meldeportalen** und reicht über **unabgestimmte digitale Verfahren** bis hin zu **Schwierigkeiten bei der Mindestlohnabrechnung mit ausländischen Partnerbetrieben**. Dabei ist es gerade für kleine und mittlere Unternehmen wichtig, ihre Beschäftigten bei der Erbringung von Dienstleistungen auch kurzfristig vor Ort im Ausland einsetzen zu können.

Immerhin bietet **Europa als größter Binnenmarkt der Welt ein beispielloses Potenzial** für Unternehmen und Verbraucher. Zwei Drittel des gesamten EU-Warenhandels entfallen auf Mitgliedstaaten der Union. Insgesamt sind durch ihn mehr als 50 Millionen europäische Arbeitsplätze entstanden.